18.04.2018, www.haufe.de

18.04.2018 | Initiative

Hessische Bau- und Immobilienwirtschaft fordert bessere Rahmenbedingungen für den Wohnungsbau

Haufe Online Redaktion

Im Vorfeld der hessischen Landtagswahlen fordert die Initiative bessere Rahmenbedingungen für den Wohnungsbau (Symbolfoto)

Die in der Länderinitiative "Impulse für den Wohnungsbau – Hessen" zusammengeschlossenen Verbände und Institutionen der Bau- und Immobilienwirtschaft fordern bessere Rahmenbedingungen für den Wohnungsbau und ein stärkeres Engagement von Land und Kommunen. "Wir wünschen uns eine Bündelung der Kompetenzen in einem eigenen Ministerium", sagte Dr. Axel Tausendpfund, stellvertretender Sprecher der Initiative und Verbandsdirektor des VdW Südwest.

Mit ihren Forderungen richtet sich die Initiative im Vorfeld der hessischen Landtagswahlen an die kommende, neu zu bildende Landesregierung. Diese müsse sich dem Problem Wohnraummangel annehmen. "In Hessen fehlen bis 2040 mehr als 500.000 Wohnungen. Damit wir für alle Bevölkerungs- und Einkommensgruppen angemessenen Wohnraum bereitstellen können, bedarf es eines stärkeren politischen Rückenwinds für den Wohnungsbau", erklärte Gerald Lipka vor Pressevertretern in Frankfurt. Lipka ist Sprecher der Initiative und Geschäftsführer des BFW Landesverbands Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen Hessen / Rheinland-Pfalz / Saarland.

Eigenständiges Ministerium für Bauen, Stadtentwicklung und Infrastruktur

Eine zentrale Forderung der Initiative ist die Schaffung eines Ministeriums für Bauen, Stadtentwicklung und Infrastruktur auf Länderebene. "Für den Wohnungsbau gibt es komplexe Rahmenbedingungen. Wir wünschen uns eine Bündelung der Kompetenzen wie Bauplanung, Bauordnung, Stadtentwicklung, Wohnraum- und Städtebauförderung sowie Verkehr in einem eigenen Ministerium. So ließen sich Reibungsverluste vermeiden und der Wohnungsbau könnte beschleunigt werden", ergänzte Tausendpfund.

Senkung der Grunderwerbsteuer und Reduzierung der Normenflut gefordert

Damit sich vor allem Familien eine Eigentumswohnung oder ein Eigenheim leisten können, will sich die Initiative außerdem für eine Senkung der Grunderwerbsteuer einsetzen. Die hessische Landesregierung stelle einerseits über die Landeswohnraumförderung Kapital bereit, um den Wohnungsbau anzukurbeln, mit der anderen Hand nehme sie über die Grunderwerbsteuer jedoch Jahr für Jahr große Summen von Unternehmen und Bürgern ein, die ein Grundstück erwerben wollen. Dieses Geld fehle bei der Finanzierung eines eigenen Zuhauses. Hier könnte eine Senkung der Grunderwerbsteuer viel bewegen, betonte Rainer von Borstel, Hauptgeschäftsführer des Verbands baugewerblicher Unternehmer Hessen.

Gleichsam viel bewegen könne zudem eine Reduzierung der Normenflut, wie Andreas Ostermann, Koordinator der Impulse und Vorsitzender des BDB – Bund Deutscher Baumeister Frankfurt Rhein Main, betonte. "Der Baukostenanstieg durch immer unübersichtlicher werdende und sich zum Teil auch widersprechende Normen ist ein Riesenproblem", so Ostermann. Als Beispiel für einen besonders kosten- und schadensträchtigen Bereich benannte er Normen zum Schallschutz. Kritisch sei, dass in den Förderrichtlinien des Landes Anforderungen im sozialen Wohnungsbau, beispielsweise an die Barrierefreiheit oder die Ausstattung mit Freisitzen, erhoben würden, die deutlich über dem Standard der Hessischen Bauordnung liegen.